

Städtische Deputation für Kultur			
19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015-2019			
Protokoll der Sitzung am 13. Februar 2018			
Sitzungstag: Dienstag	Sitzungsbeginn: 15 Uhr	Sitzungsende: 18:30 Uhr	Sitzungsort: Konsul-Hackfeld-Haus, Großer Saal, Bremen

Teilnehmer/innen siehe anliegende Anwesenheitsliste.

Tagesordnung:

TOP 1:	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2:	Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung	
TOP 3:	Zuwendungsbericht 2016	Vorlage 116
TOP 4:	Breminale 2018 – Bremer Traditionsfestival mit neuem Gesicht	Vorlage 118
TOP 5:	Errichtung eines Mahnmals zur Rolle Bremens bei der Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der jüdischen Bevölkerung im Dritten Reich	Vorlage 119
TOP 6:	Verschiedenes	

Die Vorsitzende der städtischen Deputation für Kultur, Frau Strunge, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Herr Dr. Mackeben regt an, TOP 4 und 5 zu tauschen, da zum Thema Breminale der neue Veranstalter conceptbureau mitgeteilt hatte, das neue Konzept gern vorstellen zu wollen, auf Grund noch laufender Gespräche aber um Vertraulichkeit gebeten hatte (s. Anlage). Somit würde ein nicht-öffentlicher Teil zum Thema Breminale am Ende der heutigen Sitzung abgehalten, und TOP 6 eingeschoben. Nach kurzer Aussprache wird so verfahren.

Die Deputation für Kultur genehmigt die veränderte Tagesordnung.

TOP 2: Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung

Frau Strunge weist daraufhin, dass das Protokoll der letzten Sitzung auf Grund der nötigen Abstimmungsprozesse per Tischvorlage verteilt wurde und regt Kenntnisnahme in der kommenden Sitzung an. Die Deputation stimmt dem zu.

TOP 3: Zuwendungsbericht 2016

Siehe Protokoll der staatlichen Sitzung.

TOP 5: Errichtung eines Mahnmals zur Rolle Bremens bei der Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der jüdischen Bevölkerung im Dritten Reich

Herr Dr. Mackeben führt in die Vorlage ein und verweist auf das dargestellte Verfahren und die enthaltene Skizze zur Realisierung des Mahnmals im Stufenbauwerk. Dies sei mit allen Verfahrensbeteiligten und der Künstlerin abgestimmt. Es habe im Vorfeld die Hoff-

nung gegeben, am heutigen Tage die Berechnung der Statik und damit eine vertiefte Kostenannahme vorlegen zu können. Bei einem gemeinsamen Termin am 17. Januar 2018 mit Vertretern von Bauressort, Stadtplanung, Hochwasserschutz und dem hinzugezogenen Statiker habe der Statiker zwar ein Gutachten zugesagt, aber bei diesem Termin am 17. Januar deutlich klargestellt, dass die Vorlage der Berechnungen zum heutigen Sitzungstermin 13. Februar ausgeschlossen sei. Der Statiker sei inzwischen auch formell durch das Kulturressort beauftragt worden. Nach Vorlage der statischen Berechnungen würden diese gemeinsam mit dem Bauressort geprüft und entsprechend berichtet. Herr Dr. Mackeben weist eindringlich daraufhin, dass die Errichtung des Mahnmals im Bereich der Schlachte vorrangig eine Baumaßnahme an einem Hochwasserschutzbauwerk bedeute. Das Areal werde erfahrungsgemäß vier bis fünf Mal im Jahr überschwemmt. Vor diesem Hintergrund sei eine besondere Sorgfalt bei der Prüfung der Statik und später auch bei der Planung der Maßnahme insgesamt nötig.

Frau Wargalla erklärt, ihr sei das Verfahren noch nicht konkret genug und fragt, wann der Statiker beauftragt worden sei. Sie freue sich über den gefundenen Standort, auch wenn es sich nicht um eine Ideallösung handle. Auch die im Bürgerschaftsbeschluss zum Mahnmal genannte Kostenbeteiligung durch Private hänge mit den Ergebnissen der Statik zusammen. Sie wünsche sich einen zügigen Fortgang.

Herr Rohmeyer verweist auf den hohen Druck im Sommer 2016, der den entsprechenden Beschluss der Bremischen Bürgerschaft zum Mahnmal im November 2016 zur Folge gehabt habe. Damals habe es in der Sache einen großen Konsens gegeben. Angeschlossen hätte sich aber, auch dank ständigen öffentlichen Debatten, eine Reihe von Peinlichkeiten. Die Visualisierung zeige aber nun, dass das Mahnmal gut öffentlich sichtbar werde. Er frage sich, ob das Bauressort im Prozess überhaupt eine Hilfe sei. Er habe das Projekt stets als Gesamtprojekt des Senats angesehen. Stand heute seien sowohl die Kosten als auch die Zeitschiene weiter unklar.

Frau Strunge sagt, sie sei verärgert über die Vorlage, da sie bereits für die vergangene Sitzung im Dezember 2017 auf einen Kostenplan gehofft habe. Ihre Fragen nach dem Verfahrensstand seien weiterhin offen. Sie wünsche sich einen verbindlichen Kosten- Maßnahmenplan. Sie fragt, welche Unternehmen sich beteiligen würden und wie die Rolle von Kühne und Nagel sei. Sie richte den dringenden Appell an den Senat, Bewegung in die Sache zu bringen und zu handeln. Zur Umsetzung brauche es aber eine sichere Planungsperspektive.

Herr Dr. Hodonyi erkundigt sich nach der Finanzierung des Statik-Gutachtens. Zudem fragt er nach der Absicht, die Familienunternehmer zu beteiligen und der Möglichkeit, Immobilien Bremen AöR (IB) als Baudienstleister einzubeziehen.

Frau Dr. Kroh fragt nach einer konkreten Maßnahmenplanung. Sie sei froh über das Einvernehmen mit der Künstlerin. Am neuen Standort gehe allerdings räumliche Tiefe verloren. Dies sei schade, aber nicht zu ändern. Sie regt an, in der Bezeichnung die Wortwahl aus dem Beschluss der Bürgerschaft, Drucksache 19/401 S, zu verwenden. Demzufolge handle es sich um ein Mahnmal zur Erinnerung an die massenhafte Beraubung europäischer Jüdinnen und Juden durch das NS-Regime und die Beteiligung bremischer Unternehmen, Behörden und Bürgerinnen und Bürger.

Herr Drechsel würdigt den Entwurf als gelungen und als ein gutes Beispiel für Erinnerungskultur. Er erkundigt sich nach Details der Bauplanung und möchte wissen, wie viele Sitzgelegenheiten im Stufenbauwerk verloren gingen.

Herr Gottschalk erinnert an die Ausgangslage und weist daraufhin, dass die Abgeordneten das Privileg hätten, einen Vorgang in Auftrag zu geben. Die Umsetzung erweise sich aber gerade in diesem Fall als kompliziert. Der hier geäußerte Frust möge verständlich sein,

aber wenn Prozesse gründlich durchdacht werden müssten, dauere es manchmal eben. Darauf sollte man Rücksicht nehmen. Die von Frau Strunge in einer Presse-Erklärung geäußerte Behauptung, hier werde verzögert, weise er eindeutig als falsch zurück. Gemeinsam habe man im Parlament um das Mahnmahl gerungen.

Herr Dr. Mackeben berichtet, dass nach den vorher nötigen Abstimmungen mit dem Bauressort der Statiker am gestrigen Montag beauftragt worden sei. Die Kosten dafür übernehme das Kulturressort. Auf Dr. Hodonyis Frage antwortet er, dass IB bereits im November 2017 angefragt worden sei, sich für nicht zuständig erklärt und auf bremenports verwiesen habe. Bremenports wiederum habe auf den von Architekten verwiesen, der im Auftrag des Deichverbandes am rechten Weserufer den Hochwasserschutz in diesem Bereich beplane. Ihn habe das Kulturressort dann auch beauftragt; das Ergebnis liege der Deputation vor. Auf Herrn Drechsels Frage erklärt er, dass der Wegfall von Stufen mit der Stadtplanung diskutiert worden sei. Hier habe es einen hohen Abstimmungsbedarf mit der Stadtplanung und mehrere diskutierte Lösungsvarianten gegeben, bis man zu einer Einigung gelangt sei, die alle Beteiligten zufrieden stelle. Zum Fortschritt erklärt er, dass es sich um das übliche Verfahren bei einer Baumaßnahme handele, und dass sich erst im Rahmen eines mit Finanzmitteln für die gesamte Maßnahme hinterlegten Planungsauftrags ein konkreter Bauzeitplan ergeben könne.

Frau Staatsrätin Emigholz erklärt, dass sie sich gefreut hätte, wenn es möglich gewesen wäre, die Berechnung der Statik heute vorzulegen. Sie habe sich aufgabenkritisch die Arbeit des Kulturressorts in der Sache angesehen. Gleichzeitig erinnert sie an die Ereignisse im vergangenen Jahr, von der Debatte um den Standort über die Abwägung zwischen alter Kaje mauer und Stufenbauwerk bis hin zur Abstimmung mit der Künstlerin.

Sie stimme Herrn Drechsel zu, dass es sich beim Bauwerk nicht nur um eine Chance, sondern voraussichtlich auch um einen Gewinn für die Stadt handeln werde.

Dass das Kulturressort über keine eigene Bauabteilung verfüge, mache den Prozess nicht einfacher. Es habe sehr gute Gespräche mit Bauressort und Hochwasserschutz gegeben. Nachdem der Statiker bereits am 17. Januar klar gesagt habe, dass ein Gutachten bis zum 13. Februar nicht möglich sei, seien in der Folge Gespräche mit dem Bauressort über die Beauftragung geplant gewesen, die aber auf Grund der Grippewelle in beiden Ressorts abgesagt worden seien. Nach einer danach sehr zügigen und lösungsorientierten Rücksprache mit Staatsrat Deutschendorf habe die Beauftragung nun gestern erfolgen können. Es sei ihr Ziel, rasch zu klären, wer die Zeit-Maßnahmenplanung mache. Darüber hinaus liefen Gespräche mit der Logistikwirtschaft. Der Umfang der Beteiligung könne aber erst nach Vorlage der Kostenschätzung quantifiziert werden. Hier spiele die Statik die tragende Rolle.

Sie mahne einen seriösen Umgang mit der Sache an. Das Kulturressort habe die Vorgänge systematisch und entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen abgearbeitet, und dies erfordere eine gewisse Zeit. Gern werde man auch außerhalb der Deputationssitzungen informieren, sobald der Statiker mit seiner Arbeit fertig sei.

Frau Wargalla stimmt Frau Strunges Ausführungen zu und weist Herrn Gottschalks Einlassung zurück, dass der Eindruck von Verzögerung geschürt werde.

Herr Rohmeyer betont, dass ein koalitionsinterner Streit zum Thema unangemessen sei. Er bittet um Vorlage eines konkreten Zeitplans in der kommenden Sitzung. Eine solche Debatte zum Mahnmahl in jeder Sitzung der Deputation halte er für unwürdig.

Frau Staatsrätin Emigholz weist daraufhin, dass es sich bei anderen Baumaßnahmen als sinnvoll erwiesen habe, der Verwaltung einen gewissen zeitlichen Handlungsspielraum zu gewähren. Dies habe der Sache genutzt. Die historische wie politische Bedeutung verlange es, dass die Arbeitsprozesse mit der erforderlichen Ruhe und Konzentration ablaufen könnten. Eine Berichterstattung in nahezu jeder Deputationssitzung sei nicht hilfreich. Dies habe es bei keiner anderen Baumaßnahme im Kulturbereich in den letzten Jahren gege-

ben. Sie wirbt dafür, dem Ressort jetzt die Möglichkeit einzuräumen, den Prozess auch geordnet zu bearbeiten.

Frau Strunge sagt, dass Zeitdruck durch die Kopplung des Mahnmals an den Neubau von Kühne und Nagel entstanden sei. Sie als Abgeordnete habe eine Kontrollfunktion und ihre Nachfragen zur Zeitplanung, zur Finanzierung und zur Beteiligung von Kühne und Nagel seien bisher unbeantwortet geblieben.

Herr Drechsel plädiert dafür, den Tagesordnungspunkt jetzt zu verlassen.

Herr Crueger betont, dass es bei einem komplexen Projekt wie diesem nötig sei, sich die erforderliche Zeit zu nehmen, da dies dem Prozess nütze. Dies sage er auch aus seiner Erfahrung als Baudeputierter. Die Nachfragen in der Deputation hätten die Anwesenden selbst in der Hand. Sollte es sich erweisen, dass das Mahnmal auf Grund der Komplexität des Projekts nicht mehr in dieser Legislaturperiode realisiert werden könne, sei er damit einverstanden. Entscheidend sei am Ende das Ergebnis.

Frau Staatsrätin Emigholz schlage eingedenk der dem gemeinsamen Anliegen unangemessenen Debatte erneut vor, das Kulturressort in Ruhe arbeiten zu lassen. Die Behörde werde ggf. auch außerhalb der Sitzungstermine der Deputation die Deputierten entsprechend informieren. Ein Bericht einschließlich der bis dahin vorliegenden Zeit- und Kostenpläne könne dann voraussichtlich nach der Sommerpause 2018 vorgelegt werden. Es bedürfe hier eines vernünftigen Planungshorizonts von rund sechs Monaten, besonders vor dem Hintergrund der notwendigen Kooperation mit externen Partnern.

Die Geschäftsführung von Kühne und Nagel stehe nach ihren Informationen zur Zusage, erwarte aber eine konkrete Planung. Zur Finanzierung werde es gemeinsame Vorlage der drei Ressorts Kultur, Bau und Finanzen geben müssen.

Frau Dr. Kroh sagt, sie sei über die Perspektive entsetzt, eine Planung erst nach dem Sommer vorgelegt zu bekommen.

Frau Staatsrätin Emigholz plädiert dafür, die Debatte jetzt zu beenden. Wenn die Planungen eher fertig seien, werde das Ressort selbstverständlich berichten. Entweder habe man die Zeit, den Vorgang seriös zu bearbeiten, oder es gebe weitere unbefriedigende Berichte zu Teilschritten. Das Ressort werde angesichts der historischen wie politischen Bedeutung des Vorhabens den Weg des korrekten Verwaltungshandelns nicht verlassen.

Herr Dr. Mackeben führt aus, dass sich auch aus der Statik noch kein Zeitplan ergebe oder sich daraus erarbeiten lasse. Die Berechnung der Statik führe zu einer genaueren Bemessung der Kosten. Auf dieser Grundlage könne die Finanzierungsfrage geklärt werden und erst in einem sich dem anschließenden Planungsauftrag mit notwendiger Gremienbefassung und bewilligten Mitteln könne ein Architekt einen Zeit-Maßnahmeplan erarbeiten. Dies sei bei jeder Baumaßnahme so; das Verfahren folge den Vorgaben, die bei Baumaßnahmen zu beachten seien. Er halte es für unfreundlich, wenn in der Deputation behauptet werde, das Ressort informiere nicht transparent. Das Gegenteil sei der Fall.

Frau Strunge weist dies zurück und erklärt, dass Berichtsbitten zu keiner Einschränkung der Arbeit der Behörde führten. Sie höre die von Staatsrätin Emigholz genannte Zeitschiene zum ersten Mal.

Herr Gottschalk greift die Einlassung von Herrn Rohmeyer auf und mahnt Fingerspitzengefühl im Umgang mit dem Verfahren an. Im eigenen Interesse der Abgeordneten müsse die Debatte nun beendet werden. Wenn die Prozesse unbekannt seien, die die Verwaltung abarbeite, müsse man sich mit Behauptungen zurückhalten.

Frau Staatsrätin Emigholz weist eindringlich daraufhin, dass die Einwerbung von Drittmitteln durch sich wiederholende, fruchtlose Debatten keinesfalls erleichtert werde.

Die Deputation nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 4: Breminale – Bremer Traditionsveranstaltung mit neuem Gesicht

Herr Rohmeyer erklärt, dass die Vorlage in Teilen obsolet sei, da einige der dort genannten Akteure nicht mehr an der Breminale beteiligt seien. Dies sei den Deputierten vom Ressort per E-Mail am gestrigen Tage mitgeteilt worden (Anlage). Er werde sich erst äußern, wenn das Konzept bekannt sei, das im Anschluss in nicht-öffentlicher Sitzung erörtert werde.

Frau Wargalla führt aus, dass die Vorlage auf Grund des ihr unbekanntem Konzepts nicht bewertbar sei.

Herr Dr. Hodonyi verweist auf Berichte über eine Prüfung der Breminale durch die Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) und erkundigt sich, ob das Kulturressort eine ähnliche Prüfung plane.

Frau Staatsrätin Emigholz erläutert, dass das Kulturressort den künstlerischen Teil der Breminale fördere, und somit den non-profit-Bereich. Die Prüfung der Breminale durch das Ressort erfolge nach dem Zuwendungsrecht und selbstverständlich erwarte sie eine ordnungsgemäße Abrechnung, die sehr genau geprüft werde. Die Behörde arbeite auch nicht mit Fehlbedarfsfinanzierungen. Der Unterstützung durch das Ressort liege keine wirtschaftliche Einnahmeerwartung zugrunde und somit werde nach anderen Regularien verfahren als bei der WFB.

Es sei das erklärte Ziel von Ressort wie Deputation gewesen, das künstlerische Programm der Breminale zu unterstützen und die Partizipation möglichst vieler Menschen daran zu ermöglichen. Aus diesem Grund sei auch die Überführung in die institutionelle Förderung erfolgt. Ein Kulturprogramm, welches „umsonst und draußen“ angeboten werde, rechne sich in aller Regel nicht. Sie erinnert daran, dass die Fortführung der Breminale in privater Trägerschaft fraktionsübergreifend gewünscht war. Dass sich einzelne Positionen in einem Programm veränderten, sei normal, auch dies werde am Ende in der Zuwendungsprüfung berücksichtigt.

Frau Strunge sagt, sie sei überrascht über die positive Bewertung des Kulturressorts noch vor einer erneuten Prüfung durch die WFB, auch wenn die Parameter andere seien. Die Rotation von Akteuren sei in Ordnung, aber nun seien gerade die in der Vorlage genannten Partner nicht mehr auf der nächsten Breminale vertreten. Sie fordert eingedenk der jüngsten Presseberichte zu Gewinnabsichten der Breminale die Breminale GmbH auf, ihre Zahlen offenzulegen.

Herr Senkal nennt die heutige Debatte unfair und unangemessen. In der November-Sitzung der Kulturdeputation habe es eine klare Kursrichtung zugunsten der Breminale gegeben. Eine Bewertung solle erst nach Beendigung der kommenden Breminale erfolgen. Es gelte, dem neuen Betreiber eine faire Chance einzuräumen, eine Vorab-Kritik werde der Sache nicht gerecht. Er habe den Eindruck, es bestehe der Wunsch, die alten Strukturen wieder herzustellen. Dies sei aber nicht möglich. Es gelte, die Breminale 2018 nicht schon vor dem Start kaputtzureden.

Herr Gottschalk ist über die bisherige Diskussion verwundert. Bei der Deputationssitzung im vergangenen November hätten alle Fraktionen den hohen Stellenwert der Breminale betont und den Auftrag zur Fortführung erteilt. Durch Verdächtigungen werde das Projekt nun beschädigt. Wenn die Fakten allerdings nicht vollständig bekannt seien, sei es geboten, nachzufragen. Dies gelte sowohl für die Abgeordneten wie auch für die Medien. Es gebe eine klare Trennung zwischen dem non-profit- und dem profit-Bereich. Nun gelte es, die Breminale nicht zu beschädigen.

Herr Drechsel erinnert an drei Entscheidungen, die in der November-Sitzung der Kulturdeputation gefällt worden seien. Es sei Konsens gewesen, die Breminale langfristig fortzuführen, kurzfristig Prozesse zu optimieren und die Breminale 2018 durchzuführen sowie im Anschluss zu bewerten, ob die Auflage von 2018 tauglich sei, die Veranstaltung langfristig fortzuentwickeln. Wenn die Kulturbehörde das vorliegende Konzept für 2018 nach den bestehenden Regularien geprüft und für tragfähig befunden habe, sei das für ihn akzeptabel.

Herr Pouplier (Kulturrat) erklärt, die Vorlage spiegele die aktuellen Entwicklungen der Kulturszene. Publika wie Akteure veränderten sich, und damit auch die Formate. Für diese Entwicklung seien Festivals wie die Breminale enorm wichtig. Auch die Breminale selbst habe sich diesem Prozess unterworfen, und dabei gebe es keine absolute Wahrheit. Somit sei es wichtig, den Akteuren die Chance zu geben, diesen Weg zu gehen und selbst zu gestalten.

Frau Wargalla erklärt, dass sich ihre Ausführungen nicht gegen die Breminale als Veranstaltung richten. Vielmehr sei das Projekt im Vorfeld beschädigt worden, u.a. durch die Breminale GmbH.

Herr Rohmeyer weist daraufhin, dass die Politik nicht Veranstalter der Breminale sei, dies habe die Staatsrätin in ihrem Beitrag deutlich gemacht. In der November-Sitzung der Kulturdeputation habe es Einigkeit gegeben, dass man den Ausfall der Breminale, wie im Jahr 2007, nicht wiederholen möchte. Er möchte nicht über die Auflage im kommenden Jahr, wohl aber über die Breminale im Jahr 2019 sprechen. Es habe eine Veränderung gegeben, daher sei es in Ordnung, nach der Breminale 2018 nochmals auf das Projekt zu schauen. Er betont, dass die Deputation selbst keine Kultur mache, sondern die Rahmenbedingungen setze.

Frau Staatsrätin Emigholz betont, dass die öffentliche Hand gute Erfahrungen damit gemacht habe, nicht ins Betreiberrisiko zu gehen.

Die Deputation nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 6: Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Frau Strunge schließt den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung

TOP 4: (Fortsetzung in nicht-öffentlicher Sitzung) Breminale

Frau Strunge setzt die Sitzung nicht-öffentlich fort.

Herr von Döllen stellt die neue Konzeption der Breminale vor.

Frau Strunge beendet die Sitzung.



Sprecherin



Protokollführer

Teilnehmerliste

Städtische Deputation für Kultur

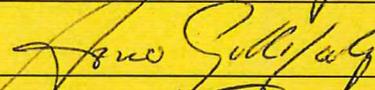
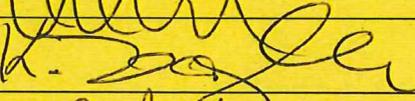
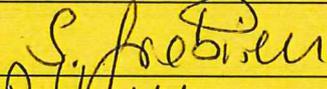
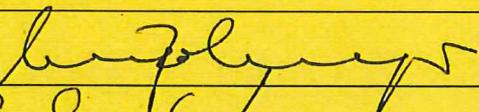
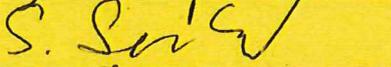
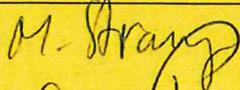
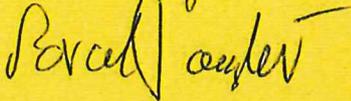
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019

Ort: Saal
Konsul-Hackfeld-Haus

am: 13. Februar 2018

von: 15³⁰

bis: 18³⁰

Teilnehmer	Unterschrift*)	Teilnahme von – bis **)
Senator Dr. Carsten Sieling		
Staatsrätin Carmen Emigholz		
Anno Cobbe-Sall Elombo Bolayela		
i. d. V. Valentina Tüchel Jens Crueger		
Ulf-Brün Drechsel		
Nima Pirooznia in Vertretung Kari Wangalla		
Susanne Grobien		
Dr. Robert Hodonyi		
Martin Michalik		
Claas Rohmeyer		
Sükrü Senkal		
Miriam Strunge		
Marcel Poydl Stadtkultur		

*) Vertreter/in bitte den Namen in Druckschrift vermerken und mit „i.V.“ unterschreiben.

***) nur ausfüllen, wenn nicht an der gesamten Sitzung teilgenommen wurde.

Deputation für Kultur (städtisch)

Anwesenheitsliste
Sitzung am 13.02.2018

19. Legislatur-Periode

Vertreter des Senators für Kultur

Name	Name	Name
Andreas Mader		
Heiner Galm		
Ulrich Albrecht		
Christian Kuchler		

Vertreter anderer Behörden

Behörde	Name

Sachverständige, Gäste

Organisation	Name